Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## Gute Deutsche

Sobald die Bundesregierung einmal nicht wie gewohnt den immer neuen Subventionsforderungen der EU-Kommission und der Schuldenländer nachkommt, sieht sie sich einer koordinierten öffentlichen Abstrafung ausgesetzt. Vor allem Herr Juncker entfaltet erstaunliche macchiavellistische Fähigkeiten beim Versuch, Deutschland zur Disziplinierung auf die mediale Anklagebank zu setzen. Beim gekonnten Spiel über die Bande zeigen auch die Herren Barroso und van Rompuy beachtliche Qualitäten. Als inakzeptabel erweist sich diese Stimmungsmache jedoch spätestens dann, wenn sie maßgeblich zur politischen Diskriminierung und anti-deutschen Propaganda beiträgt. Einige Massenmedien in Ländern wie Griechenland, Italien, Großbritannien und Frankreich greifen nur allzu gern die Brüsseler Steilvorlagen auf, um die Bundeskanzlerin mit bösen Feindbildern und Hitler-Vergleichen herabzusetzen. Vor diesem Hintergrund zeigen sich ausländische Kommentatoren erstaunt über die Belastbarkeit der Bundesbürger, die ihre Zahlmeisterrolle klaglos hinnähmen und dafür auch noch beschimpft würden. Für manche führenden Eurokraten scheint nur ein zahlender Deutscher ein guter Deutscher zu sein.

## „Jahr der Entscheidung"

Vor genau einem Jahr war an dieser Stelle zu lesen, dass 2011 hinsichtlich der Zukunft des Euro zum Jahr der Entscheidung werden würde. Die Wucht und die Eigendynamik der Entwicklung haben allerdings selbst pessimistische Prognosen übertroffen. Die gesamten deutschen Haftungsrisiken für die Euro-Rettung belaufen sich laut ifo-Institut mittlerweile nicht – wie offiziell angegeben – auf 211, sondern auf 600 Mrd. EUR, was dem doppelten Bundeshaushalt entspricht. Die EZB hat 2011 für über 200 Mrd. EUR faule Staatsanleihen der südlichen Krisenländer angekauft. Davon entfallen 27% auf die Deutsche Bundesbank. Diese Rettungsmaßnahmen verstoßen gegen das in Artikel 123 der EU-Verträge manifestierte Verbot der Staatsfinanzierung. Wenn geltendes Recht durch Mehrheitsbeschlüsse im EZB-Rat nach Belieben ausgehebelt werden kann, sind die Grundpfeiler von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit tangiert.

## Die Target-Falle

Von politisch interessierter Seite wird das der breiten Öffentlichkeit nicht bekannte Problem der Target-Forderungen vernebelt. Schon seit 2007 haben sich die Krisenländer zunehmend über die Notenpresse finanziert, was zusammen mit einer Verlagerung der Refinanzierungskredite des Zentralbankensystems einen öffentlichen Kapitalexport Deutschlands in die Schuldenländer bewirkt hat. Bei der Bundesbank sind so Ausgleichsforderungen von inzwischen über 500 Mrd. EUR aufgelaufen, die niedrig verzinst sind und nicht fällig gestellt werden können. Der EZB-Rat hat diese Entwicklung durch eine Absenkung der Sicherheitsstandards gefördert und so der Monetarisierung von Staatsschulden in Griechenland, Irland und Portugal Vorschub geleistet. Das ifo-Institut resümiert: „Deutschland sitzt mit seinen Target-Forderungen in der Falle und käme aus dem Euro auch dann nicht mehr ungeschoren heraus, wenn es das wollte. Denn geht der Euro zu Bruch, stehen etwa 500 Mrd. EUR an Forderungen gegen eine Institution im Raum, die es nicht mehr gibt. Unser Land ist durch den freien Zugang zur Notenpresse, den der EZB-Rat den überschuldeten Ländern verschafft hat, erpressbar geworden."

## Reformbedarf

Mit der „Bogenberger Erklärung" hat das ifo-Institut nicht nur die Situation der Europäischen Währungsunion kritisch beleuchtet, sondern auch sieben Vorschläge für eine Neuformulierung der EU-Verträge entwickelt. Gefordert wird

- die Beschränkung der EZB auf die reine Geldpolitik
- die Revision der Stimmrechtsverteilung und Entscheidungsregeln im EZB-Rat
- die einmal jährliche Bezahlung der Target-Schulden mit zinstragenden, marktgängigen Vermögensobjekten
- die Ergänzung der Rettungsschirme um einen klaren Krisenmechanismus und eine Insolvenzordnung
- die Konzentration der Staatengemeinschaft auf Hilfen zur Verbesserung von Governance und Wettbewerbsfähigkeit für Krisenländer
- die Verpflichtung der Banken, Staatsanleihen mit Eigenkapital zu unterlegen
- und die Verpflichtung zum Austritt aus der Währungsunion für Länder, die ihre Schulden nicht zurückzahlen können.

## Noch zu retten?

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist das mit heißer Nadel entwickelte Experiment Euro wegen seiner immanenten Konstruktionsfehler offenkundig fatal gescheitert. Bei einem politischen „Weiter so" dürfte Deutschland durch die finanzielle Eigendynamik in spätestens drei Jahren – in vorbildlicher Solidarität mit den Schuldnerländern – in den Staatsbankrott schliddern. Nach Lage der Dinge wäre daher ein geordneter Austritt der Bundesrepublik aus der Eurozone das kleinere Übel. Die damit verbundenen Kosten und Risiken sind erheblich, gleichwohl aber wesentlich weniger existenzgefährdend als das weitere Mitmarschieren im Zug der Lemminge. Außerdem: Europa verkörpert weit mehr als die EU und den EUR. Diejenigen, die die europäische Idee durch eine grob fahrlässig konzipierte und vertragswidrig realisierte Gemeinschaftswährung beschädigt haben, sollten jetzt nicht versuchen, die Schuld am Scheitern anderen zuzuweisen.